



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/XI/50 - 29. Februar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Neubelebte Deutschlanddebatte	S. 1
Neues Element der amerikanischen Innenpolitik	S. 3
Zum 80. Geburtstag des Papstes	S. 5
Zur Eröffnung der Heimvolkshochschule Bergneustadt	S. 6

Widersinnige Situation

PA. Der britische Premier, Sir Anthony Eden, hat im Unterhaus eine neue Anstrengung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung zugesagt. Sie soll bei Gelegenheit des Frühjahrs-Besuches der beiden führenden sowjetischen Staatsmänner unternommen werden. Ihr Ziel soll es sein, "aus der Sackgasse der Ost-West-Gespräche herauszukommen."

Den Anstoss zu dieser Versicherung gab Alfred Robens, "Aussenminister" im Schattenkabinettt der Labour-Opposition. Er hatte am Montag für seine Parteifreunde erklärt: "Die Wahl, vor die Deutschland gestellt wird, sollte nicht Neutralität oder fortdauernde Teilung, auch nicht Beitritt zu dem einen oder anderen Block sein. Ich würde es begrüßen, wenn ein auf Grund freier Wahlen wiedervereinigtes Deutschland zu den Vereinten Nationen zugelassen und Partner in einem europäischen regionalen Abkommen mit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wird."

Er hatte diese These, die weitgehend mit der Auffassung der SPD übereinstimmt, mit Vorwürfen an die Regierung verbunden, sie habe bisher vielfach mit unrealistischen Vorschlägen gearbeitet und sich dabei u.a. auf frühere Äusserungen des grossen liberalen Blattes, den "Manchester Guardian" berufen, das auch nach der Rede Robens diesen in grossen und ganzen recht gab und von "mangelnder Aufrichtigkeit" in der Politik der Regierung in dieser Frage gesprochen hat.

Im Anschluss an diesen Vorstoss im englischen Unterhaus und sein Echo bei der Regierung hat in der Bundesrepublik die FDP eine grundsätzliche Stellungnahme zur Wiedervereinigungsfrage abgegeben. Sie wandte sich scharf gegen die Politik des "taxenlosen, unbefristeten Abwartens" der Bundesregierung und formulierte die eigene Aufgabe dahin, "nicht etwa einen Kurswechsel, wohl aber eine Kursbeschleunigung auf dem Wege von den Pariser Verträgen zur Wiedervereinigung einzuleiten, soweit das in deutschen Kräften steht."

Es ist leicht zu begreifen, dass die FDP, die die Politik der Pariser Verträge mitgemacht hat, sich von ihr nicht einfach mit einer entschlossenen Wendung lösen will und kann. Dann aber bleibt das Wort von der "Kursbeschleunigung" recht unklar, denn es könne so aufgefasst werden, als ob es nach Ansicht der FDP darauf ankäme, die mit den Pariser Verträgen eingeleitete Politik beschleunigt fortzuführen, wenn man

zur Wiedervereinigung kommen will. Gerade das wird nicht der Fall sein. Gewiss - die Pariser Verträge sind international verbindliches Recht. Aber möglicher Ausgangspunkt für die Schaffung der deutschen Einheit auf friedliche Weise kann niemals ihre vorbehaltlose Durchführung, sondern höchstens ihre Revision werden, die als Möglichkeit in ihnen selbst festgelegt ist. Nimmt die FDP es mit ihrer Forderung ernst, die Behandlung der Wiedervereinigungsfrage müsse aus dem gegenwärtigen Stadium der totalen Resignation, die die Haltung der Bundesregierung bestimmt, herausgebracht werden - und niemand hat ein Recht, das zu bezweifeln - dann wird sie sich früher oder später gezwungen sehen, auch ihrerseits den Weg einer Revision der Pariser Verträge zu empfehlen. Natürlich müsste eine solche Revision von einem korrespondierenden Abbau des Warschauer Faktensystems begleitet sein. Aus dem gegenwärtigen Immobilismus in der Deutschlandfrage wird nur eine realpolitische Einschätzung der Gesamtsituation herausführen können. Dazu gehören

1. Die Erkenntnis, dass es Täuschung oder Selbstbetrug ist, zu glauben, das friedlich vereinigte Deutschland werde eines Tages ein Teil der NATO oder des Warschauer Systems sein können - gegen den Willen des anderen Blocks.
2. Die Einsicht, dass infolgedessen ein internationaler militärischer Status für das wiedervereinigte Deutschland gefunden werden muss, mit dem sich sowohl der Westen wie der Osten abfinden können. In diesem Punkt wird also, notgedrungen, die Entscheidungsfreiheit einer freigewählten künftigen gesamtdeutschen Regierung insoweit beschränkt sein, als diese sich darüber im klaren sein muss, dass ein Votum für den militärischen Anschluss an die eine Seite von der anderen nie gebilligt werden wird.
3. Das Begreifen des Umstandes, dass der wichtigste Impuls zur deutschen Wiedervereinigung aus der Bundesrepublik kommen muss, deren Regierung sich, in voller Loyalität gegenüber dem Westen, zur Klärung der Voraussetzungen für die staatliche Einheit Deutschlands auch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau zu bedienen hätte.
4. Schliesslich das Wissen darum, dass der Verzicht auf diese Initiative in der trügerischen Hoffnung, "die deutsche Einheit werde als Wunder vom Himmel fallen" (FDP) die Spaltung mit jedem weiteren Tage nur verhärtet und vertieft und ihre Überwindung immer schwerer macht.

Einstweilen müssen wir also froh sein, dass einige hervorragende Persönlichkeiten des Auslandes mehr Verständnis für das dringendste deutsche Problem aufbringen als die Bundesregierung. Das ist tief bedauerlich. Man kann nur hoffen, dass sich diese Haltung Bonn unter dem verstärkten Druck von innen und auch von aussen allmählich wandelt. Aber welche widersinnige Situation, dass der, der der Treibende sein sollte, getrieben werden muss.

Wiedergeburt und Metamorphose der Republikanischen Partei

H. S., New York, Ende Februar

Kürzlich feierte die Republikanische Partei der Vereinigten Staaten ihren hundertsten Geburtstag, ein Ereignis, das naheliegenderweise mit Feierlichkeiten und Aplomb begangen wurde. Genau genommen ist diese Partei heute schon etwas älter, und ihre eigentliche Geburtsstunde hatte bereits im Jahre 1854 geschlagen, in einem kleinen Dorfgasthaus im Staate Wisconsin; aber es war am 22. Februar 1856, also vor genau 100 Jahren, dass die neugegründete kleine Partei ihren ersten Parteitag in Philadelphia eröffnete und dasselbst den historischen Beschluss fasste sich an den Präsidentschaftswahlen des gleichen Jahres mit einem eigenen Kandidaten zu beteiligen. Dieser wurde zwar geschlagen; aber schon damals trat ein unbekannter junger Lokalpolitiker namens Abraham Lincoln in den Vordergrund, der vier Jahre später als Kandidat dieser jungen Partei ins Weiße Haus gewählt wurde - und damit und dem kurz darauf ausbrechenden Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd ein völlig neues Kapitel der amerikanischen Geschichte eröffnete.

Einst Partei der Linken

Damals war die Republikanische Partei jung, dynamisch, aggressiv und himmelstürmend, und sie war vor allem die Partei des Fortschritts, des Fortschritts, Repräsentantin der damaligen amerikanischen "Linken" - mit ihren Parolen gegen die Sklaverei in den Südstaaten, gegen das agrarische Feudalsystem der stöcklichen Plantagen, und für die moderne industrielle Entwicklung des Nordens, seiner Bodenschätze und seiner menschlichen Kraftreserven. In der späteren innenpolitischen Entwicklung Amerikas verschoob sich dann das Bild: nachdem die nördlichen Industrien erst einmal stark geworden waren, entfalteten sie und ihre Sprecher und Anhänger alle jene Elemente, die, parallel zu ähnlichen Entwicklungen in Europa, zu Konservatismus und Beharrung, gelegentlich sogar zu ausgesprochenen nationalistischer Reaktion führten. Die Entwicklung der Partei war nie ganz eindeutig, und reformfreundige Kräfte blieben in ihr immer vorhanden; aber im ganzen bot sich doch etwa vor der Zeit des Ersten Weltkrieges an das Bild der Republikanischen Partei als der amerikanischen "Rechten" und ihrer demokratischen Gegnerin als der "Linken", der Volkspartei und Fortschrittspartei.

Der massigende Einfluss Eisenhowers

Und heute, genau zu der Zeit, da die Republikanische Partei in ihr zweites Jahrhundert tritt, scheint ein neuer Trend vorzuliegen, der die Lage wieder umkehrt. Man wird gut daran tun, den unheimlich grossen Einfluss Präsident Eisenhowers auf seine Partei nicht zu unterschätzen; der Präsident mag in mancher Hinsicht seine Bewunderer (gerade auch im Ausland) enttäuscht haben, weil er sich nicht als der "starke" Präsident erwies, den man erhofft hatte; aber sicher ist doch, dass es ihm langsam und schrittweise gelungen ist, innerhalb seiner Partei den dominierenden Einfluss der konservativen Rechten zurückzudrängen und die lange in den Schatten gedrängte liberale Minderheit in den Sattel zu heben. Und es lässt sich auch nicht ganz bestreiten, dass in

seiner Regierungstätigkeit der Präsident vielfach eine Politik betrieben hat, die ihm das Wohlwollen der "liberalen", d.h. fortschrittlich denkenden Amerikaner gesichert hat, obwohl die amerikanischen Liberalen bisher mehrheitlich bei den Demokraten standen.

Vor allem ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass heute die Republikanische Partei und die republikanische Regierung mit der Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes identifiziert wird, die der Segregation, d.h. der Rassentrennung, in den Schulen des Südens den Daraus machte, - obwohl natürlich das Gericht eine von Regierung und Regierungspartei unabhängige Institution ist, aber der Widerstand gegen diese Gerichtsentscheidung wird nun einmal von den konservativen Südstaaten-Demokraten getragen, und selbst einwandfrei liberale Demokraten des Nordens, wie vor allem Alai Stevenson, mahnen zur Ruhe und Beschwichtigung, um die hitzigen Leidenschaften zu dämpfen und die Demokratische Partei an diesem heiklen Problem nicht gänzlich zerbrechen zu lassen. Kein Wunder, dass unter diesen Umständen viele Neger, die seit Roosevelts Zeiten treu im Demokratischen Lager zu stehen pflegten, heute schon den Republikanern zuneigen - und auch sicher am nächsten Wahltag für die Republikaner stimmen dürften.

Verwirrung bei den Liberalen

Und damit stehen die Neger nicht alleine da. Die ganze grosse Gruppe der amerikanischen "Liberalen" (eine lockere, unorganisierte Menge Menschen, zu denen Gewerkschaftler, Industriearbeiter, Intellektuelle und viele Angehörige nationaler Minderheiten gehören) ist in Verwirrung geraten, und viele von ihnen revidieren heute ihre bisherige Einstellung, die Republikanische Partei als Hort der Reaktion anzusehen. Schliesslich sprachen die Tatsachen für sich selbst: es war Präsident Eisenhower, der, freilich nach langem schwächlichem Zögern, die Macht des rechtsradikalen Senators McCarthy gebrochen hat; es war Präsident Eisenhower, der mit seinem Veto das Erdgas-Gesetz abgedrossel hat, durch das im Interesse der Petrolindustrie und der Inhaber reicher Naturgas-Reserven die Versorgung der städtischen Konsumenten mit Naturgas verteuert worden wäre; und es war Präsident Eisenhower, der im vorigen Jahr gegen den Widerstand des rechten Flügels der eigenen Partei ein verhältnismässig liberales Gesetz über gegenseitige Handelsbeziehungen (d.h. über die Russenhandels-Politik des Landes) durchgedrückt hat.

Nun drängen sich freilich trotzdem noch eine ganze Anzahl Erwägungen auf. Die wichtigste ist die: ist die gegenwärtige Metamorphose der Republikaner zur Linken echt; oder ist sie ein geschicktes Wahlmanöver, geeignet und bestimmt, den Demokraten das Wasser abzugraben und Stimmen wegzufangen?

Unverkennbarer Linksruck

Diese Fragen lassen sich heute nicht beantworten. Diejenigen Liberalen, die heute zu Eisenhower übergehen - was einige linksstehende Wochenzeitungen ihren Lesern offen empfohlen haben -, sagen einfach, dass sie mit ihrer Taktik gerade dem linken Flügel der Republikaner Hilfe und Rückendeckung zukommen lassen, eben um ihn zu stärken und eine Rückkehr der Konservativen zur Parteimacht verhindern zu können; es entspricht ja im übrigen der amerikanischen Tradition, dass z.B. die - 5 -

Gewerkschaften sich nicht fest einer Partei verpflichtet, wie sie das letztthin durchweg zugunsten der Demokraten getan haben, sondern sich fallweise entschliessen, wem sie im Interesse ihres Anhanges ihre Unterstützung zuteil werden lassen sollen. Fest steht, dass in der Republikanischen Partei ein - ernsthafter oder taktischer - Linksruck vor sich geht, dass die fortschrittlichen Kreise verwirrt und schwankend geworden sind, und die Demokraten in Gefahr stehen, ihren traditionellen großstädtischen Massenanhang zu verlieren. Und das ist ein entscheidendes neues Element in der amerikanischen Innenpolitik.

+ + +

Die schwerste Aufgabe Pius XII.

von Maria Meyer-Savenich, K&L

Am 2. März 1956 vollendet Papst Pius XII. sein 80. Lebensjahr, beginnt er das 18. Jahr seines Pontifikates. Denn an seinem 63. Geburtstag, am 2. März 1939, wurde er zum Papst gewählt.

Vielleicht muss man sagen, dass kaum einer in der langen Reihe der Päpste (die Kirchengeschichte nennt über 300 Nachfolger auf dem Stuhl Petri) in eine für die gesamte Menschheit so schicksalsschwere Epoche mit gleich grosser Verantwortung hineingestellt war.

Im Jahre 1917, als der erste Weltkrieg seinen blutigen Höhepunkt erreichte, wurde der damals 21-jährige Italiener Apostolischer Nuntius in München und Berlin. Aus diesen Jahren stammen seine echten und tiefen Beziehungen zu Deutschland.

1930, als die Weltkrise begann und mit ihr erneut millionenfaches, von den Betroffenen unverschuldetes Leid, wurde der heutige Papst zum Staatssekretär seines Amtsvorgängers, Papst Pius XI., berufen. Nur 15 Tage nachdem ihm das oberste Hirtenamt über die katholischen Gläubigen anvertraut war, rückte Hitler in Prag ein. Nur sechs Monate später nahm das blutige Verhängnis des zweiten Weltkrieges seinen Lauf.

Als nach all' diesem schrecklichen Geschehen mit dem Zusammenbruch der Hitler-Herrschaft die "Nachkriegszeit" begann, - also eben nicht Frieden einkehrte - stand vor dem nun schon greisen Seelenführer die schwerste Aufgabe. Sie ist in der Kirchengeschichte ohne Beispiel und ist heute durchaus nicht abgeschlossen. Vielleicht muss man sogar sagen, dass diese Aufgabe nur immer grösser und dringlicher geworden ist: Zum ersten Mal, seitdem die Erde dem Menschen anvertraut wurde, ist sie -

dank der technischen Entwicklung - praktisch ohne Begrenzung an jedem Punkt in kürzester Zeit erreichbar. Aber zugleich ist sie zerrissen in zwei Blöcke, die sich mit der furchtbaren Drohung der Welt-vernichtenden modernen Waffentechnik in abgründiger Feindschaft gegenüberstehen. Getrennt durch undurchdringliche Vorhänge aus Eisen und Bambus.

Auf beiden Seiten dieser Vorhänge aber leben römisch-katholische Christen, die als treue Söhne und Töchter der Kirche zu ihrem obersten Hirten nach Rom schauen. Ihnen hüben und drüben in gleicher Tiefe verbunden zu bleiben, den Kontakt der Seelen zur Kirche und zugleich die innere Geschlossenheit, die Ganzheit des kirchlichen Gefüges zu bewahren, das ist die grosse Aufgabe, der das Leben des 60jährigen Kirchenfürsten seit nunmehr einem Jahrzehnt in grossen Mühen und Sorgen gekört. Dass er Erfolg haben möge, das ist das besondere Anliegen ungezählter Millionen von Katholiken auch Nichtkatholiken, die am 2. März des Papstes gesenken. Denn wo die kirchliche Einheit in ihrem besonderen Bereich gewonnen werden kann, sind wir dem Inhalt des Hoffens und Strebens aller Menschen guten Willens nahe: die Einheit im politischen Bereich in Frieden und Freiheit zu erzielen, die Aufgabe der Regierungen und der Völker bleibt.

+ + +

Im Geiste Friedrich Eberts

A.E. Genau 31 Jahre nach seinem Tode wurde mit der Eröffnung der Heimvolkshochschule Bergneustadt der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Vermächtnis des ersten Präsidenten der deutschen Republik erfüllt. Und wo immer dieses Arbeiterschne, der zum Staatsmann und zum Wächter der Einheit Deutschlands heranwuchs, ehrend gedacht wird, fehlt auch nicht der erste Präsident der deutschen Bundesrepublik, Prof. Heuss. Sein Geleitwort gab diesem Tag Glanz und Würde. Auf dem Sterbebett hatte Friedrich Ebert den Wunsch geäussert, es möge an Stelle von Kränzen bei seinem Heingange durch Geldspenden ein Fonds geschaffen werden, aus dem junge Arbeiter und begabte junge Menschen die Möglichkeit zum Studium erhalten sollen. Dieses Vermächtnis an die Lebenden, die in seinem Geiste arbeiten und wirken, entsprechen Aufgabe und Ziel der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Es war ein glücklicher Gedanke, diese Bildungs- und Erziehungs-

in einer walddreichen und gebirgigen Landschaft erstehen zu lassen, abgelegen von den grossen Städten und Industriezusammenballungen. Zum Studium braucht der junge Mensch, gerade weil er heute mehr als frühere Generationen im zermürbenden Hekttempo eines mechanisierten Arbeitsprozesses steht, Ruhe, Masse und die Besinnung auf sich selbst. Die verwirrende Vielfalt des modernen Lebens und seine Unübersichtlichkeit vermehren die Gleichgültigkeit gegenüber den Lebensfragen der heutigen Demokratie, es wächst die vorhängnisvolle Neigung, die Dinge einfach geschehen zu lassen. Eine Demokratie ^{kann} jedoch ohne die tätige Selbstverantwortung ihrer Bürger nicht bestehen, sie braucht als belebendes Element den stets wachsam und kritischen Geist, der offensichtliche Missstände unseres öffentlichen Lebens bekämpft und die Menschen befähigt, verantwortliche Stellungen im Sinne einer vernenschlichten Politik auszufüllen. Mehr als je gelten jene von Friedrich Ebert 1922 ausgesprochenen Sätze, die als Mahnung und Leitmotiv über dieser Stiftung stehen:

"Einkehr, Selbstducht und soziales Pflichtbewusstsein sind heute dringender denn je geboten. In dieser Zeit der Not müssen wir uns alle mit dem Bewusstsein der Gemeinschaft untereinander und mit dem Vaterlande erfüllen. Das Gebot der Pflichten gegeneinander und gegenüber unserem Volke muss uns leiten, in der Erfüllung dieser Pflichten müssen wir persönliche Wünsche und Interessen zurückstellen. Nur wenn uns dieser Geist beseelt, werden wir den Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes führen und bestehen."

Die Tore dieser Schule, die auch architektonisch den modernsten pädagogischen Erkenntnissen entspricht, werden allen jungen Menschen offenstehen, die in sich den Drang spüren, aus der Enge ihres Daseins hinauszuwachsen. Sie werden es viel leichter als die Generation eines Friedrich Ebert haben. Der Sattlergeselle, der zum Präsidenten wurde, verbrachte seine Jugend in einer Zeit, da es noch keine Fortbildungsmöglichkeiten für den lernbegierigen und wissenschaftstüchtigen Arbeiter oder Angestellten gab, wo sich Staat und Gesellschaft dem Aufstieg der schaffenden Menschen zum vollwertigen und zur Verantwortung berufenen Bürgers aus Vorurteil und Klassendünkel versperrten. Die Entwicklung des Arbeiters, in schweren Kämpfen erzwungen, von Hinterrassen der Nation zum bewussten Mitgestalter in Politik und Wirtschaft, kennzeichnet den Wandel der Zeiten.

Die Heimvolksschule Friedrich-Ebert-Stiftung ist aber nicht nur eine Schule, in der die Schüler mit dem notwendigen Rüstzeug ausgestattet werden sollen, um die Demokratie als Lebensform reicher und lebendiger zu gestalten. Sie wird auch eine Stätte der Begegnung verschiedenster weltanschaulicher Gruppen sein, vereint in dem Bemühen, durch befruchtende Diskussion Problembereiche unserer Zeit zu erhellen und zu klären. So trägt diese Stiftung nicht nur den Namen eines grossen Mannes, der durch sein Leben und Wirken dem deutschen Volk ein leuchtendes Beispiel vorgelebter Demokratie gab, sie wird auch Wegweiser für viele junge Menschen sein.

 Verantwortlich: Peter Raunau